

IFK aktuell

III/04 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN



TSCHETSCHENIEN Ein vergessener Krieg

Von der Welt kaum beachtet wütet bereits seit 1999 der zweite Krieg in der russischen Republik Tschetschenien. Trotz massivem und rücksichtslosem Vorgehen sind die russischen Sicherheitskräfte zum Siegen zu schwach, die Aufständischen hingegen zum Verlieren zu stark. Nach dem tödlichen Attentat auf Präsident Kadyrow ist ein Friede vermutlich ferner denn je.

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Inhalt

- Seite 1
Ein »Vernichtungskrieg«
oder legitime
Terrorbekämpfung?
- Seite 1
Moskau – zwischen Angst
und Kalkül
- Seite 2
Forderung nach
Unabhängigkeit
- Seite 2
Zwei Kriege – kein
Gewinner
- Seite 5
Der zweite Krieg ab 1999
- Seite 8
Tschetschenen mit dem
Rücken zur Wand
- Seite 9
Opfer und Elend des
Tschetschenienkrieges
- Seite 10
Moskaus Beitrag zum
»Krieg gegen den
internationalen Terror«?
- Seite 11
Internationale
Organisationen
im Abseits
- Seite 12
Krieg ohne Ende?



AUGUST 2004



Die September-Ausgabe des **IFK aktuell** (I/03) beleuchtete die militärspezifischen Aspekte des US-Armeeinsatzes ("Operation Iraqi Freedom") im **Irak** und analysiert die Perspektiven und Entwicklungsoptionen für Demokratie und Frieden im Zweistromland.



Der Wahlerfolg der Nationalisten in **Serbien** verdeutlichte, dass der Friedensprozess am Westbalkan noch nicht abgesichert ist. Aus diesem Anlass analysierte der Balkan-Experte **Predrag Jurekovic** (IFK) die sicherheitspolitische Lage der Balkanländer.



Der Irak-Konflikt hat die Frage einer zukünftigen kurdischen Selbstverwaltung erneut aufgeworfen. Diese Studie verbindet die Verfassungsentwicklung mit der aktuellen Autonomie- und Selbstverwaltungsdebatte in "Kurdistan".

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Sie wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv/organisation/beitraege/lvak/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Dr. Walter FEICHTINGER,
ObstdhmfD

Inhaltsverzeichnis

Ein „Vernichtungskrieg“ oder legitime Terrorbekämpfung?	Seite 1
Moskau - zwischen Angst und Kalkül	Seite 1
Russlands Angst vor dem Zerfall	Seite 1
Konflikt aus machtpolitischem Kalkül?	Seite 2
Forderung nach Unabhängigkeit	Seite 2
Tschetschenien wird zum El Dorado der Kriminellen	Seite 2
Zwei Kriege – kein Gewinner	Seite 2
Der erste Tschetschenienkrieg von 1994-1996	Seite 2
Die Zwischenkriegszeit	Seite 3
Der zweite Krieg ab 1999	Seite 5
Russland will einen Sieg um jeden Preis	Seite 5
Hinweis auf massive Menschenrechtsverletzungen und sogenannte Filtrationslager	Seite 6
Putins „Politische Lösung“ des Tschetschenienkonfliktes	Seite 7
Tschetschenen mit dem Rücken zur Wand	Seite 8
Der Widerstand hat zwei Gesichter	Seite 8
Wie stark sind die Widerstandskämpfer?	Seite 8
Der Untergrundkampf der Rebellen	Seite 8
Die Finanzierung des tschetschenischen Widerstands	Seite 9
Opfer und Elend des Tschetschenienkrieges	Seite 9
Bereits 200.000 Tote in beiden Kriegen?	Seite 9
Flüchtlingselend	Seite 10
Moskaus Beitrag zum „Krieg gegen den internationalen Terror“?	Seite 10
Internationale Organisationen im Abseits	Seite 11
Keine politische Rolle für die UNO und die EU	Seite 11
OSZE unerwünscht	Seite 11
Wankelmütige Kritik des Europarates	Seite 11
Krieg ohne Ende?	Seite 12

Tschetschenien – ein vergessener Krieg

Ein „Vernichtungskrieg“ oder legitime Terrorbekämpfung?

Die autonome Republik Tschetschenien im russischen Nordkaukasus, die mit ca. 15.000 Quadratkilometer kleiner ist als die Steiermark, kommt seit Ausrufung der Unabhängigkeit 1991 nicht zur Ruhe. Sie lenkt aber nur bei spektakulären Ereignissen – wie dem tödlichen Bombenanschlag auf Moskaus tschetschenischen Statthalter Achmed Kadyrow am 9. Mai 2004 – kurz die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf sich. Daher erfährt die breitere westliche Öffentlichkeit wenig oder nichts von einem Konflikt, den der Kaukasusexperte Uwe Halbach von der angesehenen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin einen „russischen Vernichtungskrieg“ nannte.

Ist tatsächlich auch die Abspaltung anderer russischer Republiken von der Russländischen Föderation zu befürchten, wenn Tschetschenien in die Unabhängigkeit entlassen wird? Ist damit wirklich der von Moskau befürchtete unweigerliche negative Dominoeffekt verbunden? Oder leistet Russland mit diesem Krieg einen für die gesamte westliche Welt wertvollen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus? Oder haben jene Recht, die eher einen machtpolitischen Schachzug vermuten, der den Machthabern im Kreml in kritischen Momenten sehr nützt?

Tatsache ist jedenfalls, dass auch im zweiten russischen Feldzug, der schon fünf Jahre dauert, keine militärische Entscheidung erzwungen werden konnte. Festzustellen ist ebenso, dass der Krieg von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführt wird und kein Ende absehbar ist. Leidtragender ist wie immer in ähnlichen Situationen die Zivilbevölkerung, die an Existenz und Leben bedroht in Scharen aus ihrer Heimat geflohen ist oder dort noch ums Überleben kämpft.

Die Hoffnung der Tschetschenen auf Hilfe durch die internationale Staatengemeinschaft ist nach dem tragischen 11. September 2001 erheblich gesunken: westliche Regierungen tendieren vermehrt dazu, sich der russischen Argumentation, dass es sich beim Tschetschenienkrieg ausschließlich um die „Bekämpfung von Terroristen und Kriminellen“ handle, anzuschließen. Vormalig auch laut und öffentlich vorgetragene Kritik am russischen Vorgehen verstummt daher zunehmend. Mit dem erzwungenen Abzug der OSZE Ende 2002 endete auch die letzte westliche Möglichkeit, sich ein umfassendes und ungeschminktes Bild über die Verhältnisse in Tschetschenien zu verschaffen und auch nur geringen Einfluss zu nehmen. Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht.

Moskau - zwischen Angst und Kalkül Russlands Angst vor dem Zerfall

Bald nach Auflösung der Sowjetunion 1991 kam in Moskauer Kreisen die Befürchtung auf, dass auch russische Provinzen nach voller Unabhängigkeit streben und damit Russland in seinem Bestand gefährden könnten. Allerdings war Moskau infolge der politischen Umbrüche zu instabil und schwach, um bereits 1991, als der tschetschenische Präsident Dschochar Dudajew die Unabhängigkeit ausrief, gegen die Abtrünnigen vorzugehen. Es erschien möglicherweise auch nicht angebracht, weil der ehemalige sowjetische Luftwaffengeneral Dudajew gerade erst mit ausdrücklicher Billigung des russischen Präsidenten Boris Jelzin die kommunistische Führung Tschetscheniens gestürzt hatte. Erst mit dreijähriger „Verspätung“ begann schließlich der Versuch des Kreml, das Problem gewaltsam zu lösen.

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Wladimir Putin: Der russische Präsident

Tschetschenien gilt im postsowjetischen Russland allgemein als Hort von Kriminalität sowie als Stützpunkt islamistischer Fanatiker, die das ganze Land destabilisieren wollen. Zudem fürchtet man ein Übergreifen des tschetschenischen Separatismus auf andere Regionen und eine daraus resultierende Desintegration Russlands. Eine solche Gefahr beschworen sowohl Präsident Boris Jelzin 1994 als auch sein politischer Erbe Wladimir Putin 1999, als der erste bzw. zweite Tschetschenienfeldzug eröffnet wurde.

Tatsächlich ist in Russland der Standpunkt weit verbreitet, dass vom Sieg über die tschetschenischen Rebellen das Schicksal des ganzen Staates abhängt, weil dieser ohne Moskauer Kontrolle über Tschetschenien wie die UdSSR Ende 1991 zerfallen würde. Dem ist allerdings entgegen zu halten, dass Tschetschenien von 1991-94 und 1996-99 de facto bereits unabhängig war, ohne dass sich unter Berufung darauf auch in anderen „Subjekten“ (= Provinzen) der Russländischen Föderation nennenswerte separatistische Strömungen entwickelt hätten. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, dass Moskau seit Beginn der neunziger Jahre selbst Separatisten im Dnjeestr-Gebiet

(Moldowa), in Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie in Berg-Karabach (Aserbaidschan) unterstützt hat, welche sich mit Waffengewalt von „ihren“ Zentralregierungen faktisch losreißen konnten.

Konflikt aus machtpolitischem Kalkül?

Neben der offiziellen Moskauer Begründung für die Tschetschenienkriege gibt es auch viele Anzeichen dafür, dass der erste Krieg 1994 dazu dienen sollte, das Image des damaligen Präsidenten Jelzin in der russischen Öffentlichkeit wieder zu verbessern. „Ein kleiner, siegreicher Krieg“ wurde dafür laut seinem Sicherheitsberater Oleg Lobow als geeignete Möglichkeit gesehen. Es sollte sich jedoch binnen kurzer Zeit herausstellen, dass die tschetschenische Hauptstadt Grosny nicht „innerhalb von zwei Stunden mit einem einzigen Fallschirmjägerregiment“ eingenommen werden konnte, wie es der damalige Verteidigungsminister angekündigt hatte.

Als Putin im Sommer 1999 die Nachfolge von Sergej Stepaschin als russischer Premierminister antrat, waren die Vorbereitungen für einen zweiten Waffengang Russlands gegen Tschetschenien bereits getroffen. Schon im Juli hatte der Sicherheitsrat den Einmarsch in Nordtschetschenien beschlossen. Der im In- und Ausland eher unbekanntere Putin rückte spätestens mit dem neuerlichen Vorgehen russischer Truppen gegen Tschetschenien ab September 1999 ins Rampenlicht. Es steht außer Zweifel, dass er dadurch nicht nur rasant an Bekanntheit gewinnen konnte, sondern auch die Möglichkeit erhielt, „seine Führungsfähigkeit und Entschlossenheit“ der russischen und der Weltöffentlichkeit eindrucksvoll zu dokumentieren.

Ob der Krieg diesmal wie vielfach behauptet auch als „politisches Ablenkungsmanöver“ fungieren sollte, um von innenpolitischen Ereignissen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Machtwechsel im Kreml abzulenken, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, dass Putin in kürzester Zeit zur fixen Größe im politischen System Russlands wurde und die Machtübergabe in der von Jelzin angestrebten Form relativ unproblematisch über die Bühne gehen konnte. In Tschetschenien konnte Moskau aber wieder nicht den allgemein erwarteten und oft angekündigten raschen militärischen Siegen erringen.

Forderung nach Unabhängigkeit

Ende der 1980er Jahre stellten diverse Autonomiebewegungen in der ganzen UdSSR ihre Forderung nach Unabhängigkeit immer lauter und offener. Genauere Vorstellungen über ein souveränes Tschetschenien, vor allem über die wirtschaftliche Lebensfähigkeit, dürften aber nach Meinung namhafter Analytiker nicht bestanden haben. Die zentrale staatliche Führungsschwäche in Moskau wirkte sich in Tschetschenien besonders stark aus. Die russische Provinz wurde von konservativen Kommunisten

verwaltet, die mit Ermutigung und Zustimmung des neuen russischen Präsidenten Jelzin von antikommunistischen Kräften unter Dudajew gestürzt wurden. Somit erfolgte zumindest der Umsturz in Grosny noch in Übereinstimmung mit Moskau. Dass Jelzin ab 1992 die Zentralmacht wieder festigen und Russland in seinem Gesamtbestand erhalten wollte, änderte jedoch die Situation zum Nachteil der Tschetschenen grundlegend.

Das „unabhängige“ Tschetschenien von 1991-1994 entwickelte sich zu einem Zentrum der Schattenwirtschaft im russischen Raum, aber außerhalb der faktischen rechtlichen Reichweite Moskaus. Vor allem die Ölraffinerien von Grosny und die unzähligen Kleinstraßfabriken ermöglichten vorübergehend einen schwunghaften Schwarzmarkt, der die Vorstellung von einer eigenen wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit nährte.

Tschetschenien wird zum El Dorado der Kriminellen

Während und nach dem Krieg 1994-96 gewann der Islam als Religion und politische Orientierung immer mehr an Bedeutung. Zusätzlich nahm die organisierte Kriminalität, insbesondere Entführungen, immer größere Ausmaße an. Weder der durch freie Wahlen 1997 legitimierte tschetschenische Präsident Aslan Maschadow noch der von Moskau eingesetzte Achmed Kadyrow als Vorsitzender einer tschetschenischen Übergangsregierung konnten oder wollten diese Entwicklungen aufhalten. Es wurde insbesondere verabsäumt, selbsttragende Staatsstrukturen aufzubauen und ein autarkes Wirtschaftssystem zu installieren.

Das „offizielle“ Tschetschenien wurde seit seiner Einsetzung vom kremlnahen Kadyrow und seiner Übergangsregierung repräsentiert. Das „eigentliche“ Tschetschenien hingegen besteht in der Gestalt des entmachteten Präsidenten Maschadow als Führer einer Untergrundregierung sowie des radikal-islamischen Rebellenführers Schamil Bassajew.

Angesichts dieser Entwicklungen ist daher auch das Übereinkommen zwischen den Regierungen in Moskau und Grosny im Friedensvertrag von 1997, nach fünf Jahren endgültig über die Unabhängigkeit Tschetscheniens zu entscheiden, längst überholt und das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben steht.

Zwei Kriege – kein Gewinner

Der erste Tschetschenienkrieg von 1994-1996

Die russische Seite war überzeugt, die „tschetschenischen Separatisten und Gesetzlosen“ quasi im Vorbeigehen besiegen zu können. Es waren auch keine ernsthaften politischen Bemühungen zu erkennen, den Konflikt auf dem Verhandlungswege zu lösen. Gerade vor dem Ausbruch des ersten Krieges wäre jedoch vermutlich zumindest ein Teil

der Bevölkerung durch positive Anreize aus Moskau für Russland zu gewinnen gewesen. Durch das ausschließlich militärische Vorgehen wurden aber auch die gemäßigten Kräfte ins Lager der Aufständischen getrieben.

So wurde der Feldzug zum militärischen Fiasko und zur humanitären Katastrophe. Auch nachdem russische Truppen im Februar 1995 die Hauptstadt Grosny eingenommen hatten, erlahmte der Widerstand nicht. Die Unabhängigkeitskämpfer wichen in die südlichen Gebirgszüge aus, wodurch sie sich der Verfolgung entzogen und den Gegner häufig in verlustreiche Hinterhalte lockten.

»Wenn wir aus einem Haus beschossen werden, wird das Haus zerstört. Wenn wir aus einem Ort beschossen werden, wird der Ort zerstört«

General Gennadij Troschew über die russische Taktik in Tschetschenien

Auf russischer Seite waren am Höhepunkt der Auseinandersetzungen etwa 45.000 Kämpfer aller möglichen Waffengattungen eingesetzt. Die Tschetschenen waren einige tausend Mann stark. Als diese dann in einer Überraschungsaktion im August 1996 die Hauptstadt zurückeroberten, suchte Moskau nach einem politischen Ausweg. Der bereits damals geäußerte Vorschlag russischer Generäle, Grosny mit schweren Waffen in Schutt und Asche zu legen und so abermals zu erobern, fand politisch kein Gehör.

Tschetscheniens Präsident Dudajew war inzwischen im April 1996 bei einem Raketenangriff getötet wurde. Den Waffenstillstand unterzeichnete daher für die tschetschenische Seite sein Stabschef Maschadow, für Jelzin unterschrieb dessen Sicherheitsberater Alexander Lebed.

Die Zwischenkriegszeit

Nach dem vollständigen Abzug der russischen Truppen Ende 1996 wurde Maschadow im Jänner 1997 in freien und fairen Wahlen zum Präsidenten gewählt. Allerdings konnte er die weiteren Entwicklungen im Lande nur mehr sehr bedingt beeinflussen. Denn die tschetschenischen Kommandeure nutzten den Sieg nicht dazu, in gemeinsamer Anstrengung mit dem Präsidenten einen starken Staat aufzubauen. Sie errichteten vielmehr in ihren jeweiligen Heimatregionen „kriminelle Fürstentümer“. Zu Haupteinnahmequellen wurden dabei Entführungen mit Lösegelderpressung, Drogen- und Waffenhandel, Öldiebstahl und Ölschmuggel und das Verschieben gestohlener Autos. Vielfach kooperierten bei diesen Aktionen Tschetschenen mit Russen. Tschetschenien entwickelte sich daher vor allem in puncto Sicherheit sehr negativ und wurde zu einem El Dorado für Kriminelle.

Darüber hinaus gewannen fundamentalistische Islamisten an Boden und brachten Maschadow durch radikale Forderungen in Bedrängnis. Es ist erwiesen, dass bereits knapp nach Kriegsende die ersten Trainingslager für radikale islamische Gruppen in Tschetschenien entstanden. In mehrmonatigen Kursen sollen dabei Tausende Teilnehmer aus Tschetschenien, den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens, aus Afghanistan und Pakistan, Bosnien, der Türkei und arabischen Ländern als Untergrundkämpfer ausgebildet worden sein. Dabei gewannen vor allem die wegen ihrer extrem strengen Koranauslegung gefürchteten Wahhabiten an Einfluss.

Präsident Maschadow war zu schwach, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten oder sie umzudrehen. Auch die von Moskau versprochene Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe, die er zur Stärkung seiner Position hätte einsetzen können, blieb aus. Seine Ohnmacht wurde offenkundig, als im Februar 1999

der persönliche Vertreter des russischen Innenministers, General Gennadij Schpigun, auf dem Flughafen von Grosny aus dem Flugzeug geholt und entführt wurde. Maschadow gelang es nicht, von den Rebellen seine Freigabe zu erwirken. Daraufhin verließen am 8. März die letzten russischen Regierungsvertreter Tschetschenien, die Grenzposten wurden geschlossen und der Schienen- und Luftverkehr stillgelegt.

Dies sollte jedoch noch nicht der unmittelbare Auftakt zum zweiten Krieg

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Ende 1996 musste die russische Armee Tschetschenien geschlagen verlassen.



sein. Vielmehr bestand die Absicht des russischen Innenministers vorerst darin, Tschetschenien durch einen „Schutzkorridor“ zu isolieren. Dazu wurde in allen Nachbarrepubliken die Polizei verstärkt. Im Juli 1999 traf der Sicherheitsrat Russlands die Entscheidung zum Einmarsch, allerdings nur in den eher moskau-freundlichen Norden bis zum Fluss Terek. Ein von Präsident Maschadow vehement angestrebtes Treffen mit Jelzin, das einer Entschärfung der Krise hätte dienen sollen, kam aus unbekanntem Gründen nicht zustande.

Anfang August 1999 besetzten mehrere Hundert tschetschenische und ausländische Kämpfer einige Dörfer im benachbarten Dagestan. Als ihr Anführer Bassajew über die russischen Medien mitteilte, er

werde „Moskau aus dem Kaukasus vertreiben“, fielen im Kreml wohl die letzten Barrieren gegen einen neuerlichen Feldzug. Fraglich ist bis heute, was den erfahrenen Kämpfer zu dieser Provokation veranlasst hat. Viele, teils widersprüchliche Erklärungen sehen darin eine Falle der russischen Geheimdienste; andere vermuten eine völlige Verkennung der Situation und Selbstüberschätzung seiner eigenen Möglichkeiten. In den ersten beiden Septemberwochen ereigneten sich fünf spektakuläre Bombenanschläge in Südrussland und Moskau, denen etwa 300 Menschen zum Opfer fielen. Der Verdacht der offiziellen Stellen fiel unverzüglich auf tschetschenische Rebellen, auch wenn vor allem in Anbetracht der Kürze der Untersuchungen keine entsprechenden Beweise vorgelegt werden konnten.

Bis heute halten sich dagegen Vermutungen auch ehemaliger Geheimdienstangehöriger, dass es sich dabei um eine gezielte Aktion der Geheimdienste gehandelt haben soll, um einen neuerlichen Krieg zu rechtfertigen. Der damalige russische Ministerpräsident Stepaschin stellte allerdings später westlichen Medien gegenüber klar, dass der Einmarsch auch ohne diese Bombenanschläge bereits beschlossene Sache war.

Der zweite Krieg ab 1999

Russland will einen Sieg um jeden Preis

Am 2. Oktober rückten russische Truppen abermals in Tschetschenien ein. Der ursprüngliche Plan, nur den Norden zu besetzen, war inzwischen verworfen worden. Es gab von höchster politischer und militärischer Seite keinerlei Einwände gegen einen umfassenden Feldzug. Viele Spitzenmilitärs hatten nur darauf gewartet, die schmachliche Niederlage von 1996 auszumerzen. Ihrer Auffassung nach waren sie nämlich im ersten Krieg nur durch politische Einflussnahme und Zurückhaltung am Sieg gehindert worden.

Eine abermalige Niederlage des russischen Sicherheitsapparates gegen die tschetschenischen Widerstandskämpfer kann und will sich der Kreml keinesfalls leisten. Das erscheint allerdings

angesichts der im Kriegsverlauf zunehmenden antirussischen Stimmung in Tschetschenien immer schwieriger zu erreichen. Bereits zum ersten Krieg hatte der russische Militärsoziologe Prof. Wladimir Serebrjannikow gemeint, dass 80 bis 90% der Bevölkerung Tschetscheniens – und zwar nicht nur ethnische Tschetschenen – Widerstand gegen die russischen Truppen leisteten. Auch der stellvertretende russische Verteidigungsminister General Georgij Kondratjew hatte schon Anfang 1995 festgestellt: „Hier kämpfen keine ‚bewaffneten Banditen‘, sondern das tschetschenische Volk“.

Grosny war in beiden Kriegen wahllosem russischem Beschuss ausgesetzt. Luftangriffe und Artilleriefireur verwandelten die meisten Gebäude in Ruinen, um die Gegner zum Verlassen ihrer Schutzaufenthalte zu zwingen und Unnachgiebigkeit zu demonstrieren. Das russische Ultimatum vom 6. Dezember 1999 an die tschetschenische Bevölkerung, die Stadt binnen vier Tagen zu verlassen, um nicht als Rebellen angesehen zu werden, wurde nur von einem Teil der Zivilbevölkerung angenommen.

»Wir werden unseren Auftrag erfüllen und ganz Tschetschenien von den Banditen säubern«

General Gennadij Troschew, der aus Osten gegen Grosny vorrückte, in den ersten Wochen des Krieges

Wie viele Einwohner hat Tschetschenien?

Im Oktober 2002 fand in Russland die erste postsowjetische Volkszählung statt. Sie soll nach den Daten des Staatskomitees für Statistik (Goskomstat) Russlands ergeben haben, dass in Tschetschenien 1,1 Millionen Menschen wohnen.

Die letzte sowjetische Volkszählung von 1989 hatte in ganz Russland 899.000 ethnische Tschetschenen erfasst. Die damalige Tschetscheno-Inguschische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik hatte 1,27 Millionen Einwohner. Jene Bezirke, die seit Mitte 1992 (d.h. seit der Bildung der autonomen Republik Inguschetien) Tschetschenien bilden, zählten 1989 1,084 Millionen Einwohner, davon 715.000 Tschetschenen und 269.000 Russen. Letztere verließen Tschetschenien überwiegend bis zum Ende des ersten Krieges. Dazu kam ein erheblicher demographischer Aderlass in Gestalt der Toten beider Kriege. Zweifellos haben sich auch viele Tschetschenen, die der russischen Präsenz in ihrer Republik ablehnend gegenüberstehen bzw. eine Unabhängigkeit befürworten, der Teilnahme an der Volkszählung bewusst entzogen.

1998, im de facto unabhängigen Tschetschenien, wurde von den Behörden Maschadows der Versuch einer Volkszählung unternommen. Sie konnte nicht ordnungsgemäß ausgewertet werden, erbrachte aber Rückschlüsse auf ca. 800.000 Einwohner. Zu Beginn des zweiten Krieges 1999 bewegten sich die meisten Schätzungen zwischen 500.000 und 750.000. Im August 2002 kam eine OSZE-Delegation auf ca. 600.000. Manche Kritiker der russischen Militäroperation sprachen 2002 überhaupt nur von 250.000, räumten aber ein, dass zahlreiche Flüchtlinge zwischen Inguschetien und ihren Wohnorten in Tschetschenien hin- und herpendeln.

Jedenfalls ist die Behauptung des Goskomstat, dass Tschetschenien nach dem Krieg 1994-96, während eines weiteren Krieges und ungeachtet riesiger Flüchtlingswellen und Zehntausender Todesopfer 2002 mehr Einwohner als 1989 gehabt haben soll, unglaubwürdig.

Die Entschlossenheit der politischen und militärischen Führung Russlands, die tschetschenischen Rebellen zu bezwingen, kommt in der Stärke der eingesetzten Truppen und deren rücksichtslosem Vorgehen zum Ausdruck. Im Jänner 2000 waren nach Angaben des zuständigen Kreml-Sprechers 57.000 Soldaten des Verteidigungsministeriums und 36.000 des Innenministeriums vor Ort. Zählt man die Kontingente anderer bewaffneter Behörden, etwa der Geheimdienste, des Katastrophenschutzministeriums usw., dazu, könnten es insgesamt bis zu 150.000 Mann gewesen sein. Mehr Militärpersonal vermochte Moskau ohne Mobilmachung von Reserven nicht aufzubringen.

Bis zum Abzug der Rebellen Anfang Februar 2000 kamen als Folge des russischen Angriffs auf Grosny mehrere Tausend Soldaten, Widerstandskämpfer und Zivilisten um.

Die russische Armee hat die Kriegshandlungen längst auf das ganze Volk ausgedehnt. Bei den häufigen Flächenbombardements ist eine Unterscheidung zwischen Rebellen und Zivilbevölkerung denn auch gänzlich unrealistisch. Militäranalysten stellen fest, dass der zweite Krieg von Beginn an viel rücksichts- und schonungsloser geführt wird als der erste. Damals hatten die russischen Kräfte noch versucht, in die Ortschaften vorzustoßen und die Aufständischen von der Zivilbevölkerung zu trennen. Im zweiten Krieg wollte die russische Führung diese aufwändige und verlustreiche Taktik durch den vermehrten Einsatz

von Waffensystemen ersetzen. Damit kommt es letztlich zu Zerstörungen unvorstellbaren Ausmaßes und zu zahlreichen Opfern vor allem unter der Zivilbevölkerung.

Anders als im ersten Krieg sind die Untergrundkämpfer seit der Räumung Grosnys im März 2000 nicht in der Lage, ihren Gegnern in offenen Kampfhandlungen entgegen zu treten. Damit sind sie aber auch wesentlich schwerer auszumachen und bieten keine klaren Angriffsflächen. Die

russischen Aktionen beschränkten sich daher zunehmend darauf, einzelner Personen und Gruppen habhaft zu werden und durch ein furcht- und angsterzeugendes Besatzungsregime den Zulauf zu den Rebellen und ihre Unterstützung zu unterbinden.

Dieses Vorgehen bringt aber viele Tschetschenen noch mehr gegen die russische Besatzung auf und garantiert den ständigen Zulauf zu den Rebellen, ungeachtet ihrer großen Verluste. Dieser Umstand rechtfertigt wiederum in den Augen der Russen weitere Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, die als kollektiver Quasi-Kombattant eingestuft wird. Somit ergibt sich ein Teufelskreis, aus dem es keinen Ausweg zu geben scheint, so lange einerseits der tschetschenische Widerstand nicht definitiv kollabiert und andererseits der Kreml glaubt, um jeden Preis einen militärischen Sieg erzwingen zu müssen.

Hinweis auf massive Menschenrechtsverletzungen und sogenannte Filtrationslager

Nach Angaben vieler unabhängiger Beobachter und Menschenrechtsorganisationen spielen neben Gefängnissen (bereits ab Dezember 1994 entstandene) sogenannte „Filtrationslager“, in die Tschetschenen mit angeblichen Rebellenkontakten verschickt werden, eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Besatzungsregimes. So beschuldigte bereits im Oktober 1996 Jelzins Sicherheitsberater General Alexander Lebed den damaligen Innenminister General Anatolij Kulikow, Lager eingerichtet zu haben, in denen Tausende umgekommen seien. Im Jahr 2000 soll es ca. 30 dieser Lager mit 10.000 bis 20.000 Insassen gegeben haben.

Auch „Säuberungsaktionen“, bei denen Ortschaften planmäßig durchsucht, geplündert und häufig Männer verschleppt werden, sind fixer Bestandteil der Taktik russischer Sicherheitskräfte. So machen internationale Menschenrechtsorganisationen bereits seit längerem

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Zivilisten sind die Leidtragenden der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der russischen Armee und den Rebellen.

auf die systematische Dezimierung der männlichen Bevölkerung durch „Sonderaktionen“ aufmerksam. Vor allem „nächtliche Aktionen“ sind nach Angaben russischer Kommandeure sehr gut dazu geeignet, Angst und Schrecken zu verbreiten und die Verunsicherung zu steigern. Obwohl korrekte Angaben sehr schwierig sind, gibt es glaubhafte Untersuchungen, die allein für das Jahr 2002 mehr als 1.300 getötete Zivilisten auflisten. Die russischen Sicherheitskräfte werden daher von vielen Einwohnern nicht mehr als stabilisierender Faktor, sondern als Quelle illegaler Gewalt gesehen. Die Tschetschenienpolitik Moskaus und das Verhalten seiner Staatsorgane in Tschetschenien werden trotz aller internationalen Zurückhaltung manchmal auch angeprangert. So drückte das EU-Parlament in der Tschetschenienresolution vom 3. Juli 2003 „Bedenken gegen das Vorgehen der Streitkräfte“ aus. Bereits mit Beginn des zweiten Krieges 1999 hatte der Rechtsausschuss des Europarats Moskau massive Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Verletzung bindender Rechtsverpflichtungen vorgeworfen.

»Die Militärangehörigen und Milizionäre (Polizisten; Anm.) befassen sich mit Kidnapping und anderen Verbrechen nicht weniger intensiv als jene, die zu bekämpfen sie gekommen sind«

Viktor Krawtschenko, russischer Staatsanwalt in Tschetschenien

Im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen muss auch die Kadyrows Sohn Ramzan unterstellte „Leibwache des Präsidenten Tschetscheniens“ erwähnt werden. Sie ist de facto eine Privatarmee des Kadyrow-Clans, die nach stark unterschiedlichen Angaben 1.500 bis 5.000 Mann umfasst. Umfragen zufolge sind sie bei der tschetschenischen Bevölkerung bereits genau

so gefürchtet wie die russischen Kräfte. Unter ihnen sind viele ehemalige Rebellen, die von russischen Amnestieversprechen angelockt und dann von Kadyrow angeworben worden waren. Sie malträtieren und berauben nun die Zivilbevölkerung, ohne russische Sanktionen befürchten zu müssen.

Putins „Politische Lösung“ des Tschetschenienkonfliktes

Besonders nach der verheerenden Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater im Oktober 2002 betonte Präsident Putin die Notwendigkeit einer politischen Lösung für Tschetschenien. Diese sollte folgende Elemente beinhalten: ein Verfassungsreferendum, ein Amnestieangebot, einen Autonomieplan, Wiederaufbaumaßnahmen, Übergabe des Kommandos über russische Sicherheitskräfte an das Innenministerium und Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Auch wenn diese Schritte zumindest in Ansätzen eingeleitet wurden, waren sie von Beginn an mit einem großen Makel behaftet: die eigentliche Gegenseite in Gestalt der Unabhängigkeitskämpfer war von diesem Prozess de facto ausgeschlossen. Dies veranlasste einen Europarats-Delegierten zu der Aussage: „Soweit ich erkennen kann, ist Moskau unfähig zu der Einsicht, dass man Frieden mit seinen Gegnern und nicht mit seinen Vasallen schließt“.

Zur Umsetzung der Moskauer Ziele wurde der mit Juni 2000 eingesetzte tschetschenische Verwaltungsleiter Ahmad Kadyrow auserkoren. Er war 1995 als islamischer Würdenträger zum Mufti aufgestiegen und hatte im ersten Krieg noch gegen die Russen gekämpft. In weiterer Folge trat er radikal-islamischen Tendenzen massiv entgegen. Vor allem aber verurteilte er den Einfall in Dagestan und den bewaffneten Unabhängigkeitskampf. Damit war er auch zum Gegner Maschadow geworden, der ihn daraufhin seines Amtes als Mufti enthob.

Mit dem tschetschenischen Verfassungsreferendum vom 23. März 2003 sollte die Normalisierung eingeleitet werden. Die höchst unterschiedlichen Angaben über die Wahlbeteiligung nähren ernsthafte

Zweifel über die volle Korrektheit der Wahlen. Tatsache bleibt, dass offiziell ein Großteil der Tschetschenen für einen Verbleib bei Russland, eine politische Lösung des Konfliktes und den Aufbau eigener politischer Institutionen sowie für die Beendigung terroristischer Gewalt und einen sozialökonomischen Wiederaufbau unter Friedensbedingungen gestimmt hatte. Russlands Präsident Putin meinte daraufhin, „das Referendum habe das letzte Problem gelöst, das mit Russlands territorialer Integrität zusammenhing.“

Dem war bestenfalls formal so. Denn unmittelbar nach dem Referendum verschärfen beide Seiten wieder die Kampfhandlungen, sodass der von vielen ersehnte Friede abermals in weite Ferne rückte.

Die tschetschenische Präsidentschaftswahl am 5. Oktober 2003 geriet zunehmend zur Farce, nachdem alle ernsthaften Gegenkandidaten Kadyrows ihre Kandidatur zurückgezogen hatten. Der offiziell verkündeten Wahlbeteiligung von 85% standen Schätzungen unabhängiger Beobachter von lediglich 20% gegenüber.

Kadyrow nutzte diesen „Sieg“, um seine Machtposition und seine Machtapparate erheblich auszubauen. Er verfügte über keinen Rückhalt in der Bevölkerung und zog sich auch zunehmend den Unmut Moskaus zu. Damit war aber auch das Vorhaben mancher Kreml-Strategen, eine „Tschetschenisierung“ des Konfliktes herbei zu führen, sehr in Frage gestellt. Dem zufolge hätte Kadyrow mit möglichst starker Unterstützung der tschetschenischen Bevölkerung den Hauptkampf gegen die Aufständischen übernehmen und die russischen Sicherheitskräfte entlasten sollen. Spätestens mit der Ermordung Kadyrows am 9. Mai 2004 ist dieser Plan gescheitert.

Ähnlich erfolglos blieb das Amnestieangebot, von dem eher russische Sicherheitskräfte profitierten. Nach Ablauf der Frist am 1. September 2003 waren offiziell 143 von 171 tschetschenischen Widerstandskämpfern und 226 russische Soldaten begnadigt worden. Es darf auch bezweifelt werden, ob aus den Autonomieverhandlungen substanzielle Ergebnisse entstehen. Bislang sind sie nicht in Sicht.

Mitte 2004 übertrug Präsident Putin formal dem

Kurzchronologie des Konflikts

1859 | Das zaristische Russland bringt nach über drei Jahrzehnten blutiger und kostspieliger Kämpfe Tschetschenien und das benachbarte Dagestan endgültig unter seine Kontrolle.

1944 | Das gesamte tschetschenische Volk und die eng mit ihm verwandten Inguschen (sowie weitere kleine Völker des Nordkaukasus) werden unter dem kollektiven Vorwurf der Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht (die Tschetschenien allerdings nie erreicht hatte) in die Sowjetrepubliken Mittelasiens deportiert. Dabei kamen Zehntausende um.

1957 | Die deportierten Völker können in ihre Heimat zurückkehren.

1991 | Kurz vor dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion ergreift der frühere sowjetische Luftwaffengeneral Dschochar Dudajew die Macht in Tschetschenien, lässt sich zum Präsidenten wählen und erklärt die Unabhängigkeit seiner Republik von Russland.

1994, Dezember | Der russische Präsident Boris Jelzin schickt zunächst 23.700 Soldaten nach Tschetschenien; damit beginnt der erste Krieg.

1995-96 | schwere Kämpfe zwischen den Russen und tschetschenischen Widerstandskämpfern, die schließlich die Hauptstadt Grosny zurückeroberten.

1996, 31. August | Unterzeichnung der russisch-tschetschenischen Abkommen von Chasawjurt, welche den Krieg formal beendeten.

1997, Jänner | Aslan Maschadow, zuvor Stabschef der Rebellen, wird zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt. Er erweist sich in der Folge (wie auch bereits Dudajew) als unfähig, ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen, Rechtssicherheit zu garantieren sowie Banditenunwesen und Warlordismus in seiner Republik zu bekämpfen.

1997, 12. Mai | Jelzin und Maschadow unterzeichnen einen Vertrag über „Frieden und Freundschaft“, der u.a. vorsah, „für immer“ auf Gewalt zwischen den beiden Seiten zu verzichten.

1999 | Der neue russische Ministerpräsident Putin sendet wieder Truppen nach Tschetschenien.

2004 | Der von Moskau oft angekündigte „unmittelbar bevorstehende“ Sieg ist auch im fünften Kriegsjahr nicht in Sicht.

russischen Innenministerium die Federführung für den Einsatz in Tschetschenien. Realistisch betrachtet wird dies vor Ort zu keinen wesentlichen Änderungen führen, zumal de facto der Geheimdienst FSB die „Antiterror-Operation“ leitet.

Tschetschenen mit dem Rücken zur Wand

Der Widerstand hat zwei Gesichter

Nach der Einsetzung Kadyrows im Jahre 2000 zog sich der gewählte Präsident Maschadow in den Untergrund zurück und bildete eine Untergrundregierung. Als zweiter Akteur etablierte sich der aus dem ersten Krieg hinlänglich bekannte Bassajew, der den Überfall in Dagestan im Sommer 1999 anführte und sich zur Geiselnahme im Moskauer Theater im Oktober 2002 bekannte. Daneben kämpfen noch einige kleiner Gruppierungen unter Führung diverser Warlords.

Das Verhältnis zwischen den beiden Galionsfiguren des Widerstands dürfte trotz anders lautender Beteuerungen äußerst gespannt sein. Bassajew tritt als islamistischer Hardliner auf und verteidigt vor allem Selbstmordattentate, die häufig viele unbeteiligte Zivilisten treffen, als legitimes Mittel des Widerstands. Maschadow gibt sich gemäßigter und verurteilt insbesondere diese Attentate. Allerdings dürfte er nicht über jenen Rückhalt bei den Aufständischen verfügen, der ihm eine klare Distanzierung von Bassajew erlauben würde. Somit besteht vermutlich eine „Zweckgemeinschaft“, die durch den gemeinsamen Kampf gegen die „russischen Besatzer“ zusammengehalten wird.

Die tschetschenischen Rebellen sind daher keine homogene und unter einheitlichem Kommando stehende Streitmacht: Sie zerfallen in mehrere Gruppen durchaus unterschiedlicher politischer, ideologischer und religiöser Ausrichtung und Clan-Zugehörigkeit. Sehr vereinfacht kann zwischen den „Gemäßigten“ um Maschadow und islamischen Fundamentalisten, die vor allem im Lager Bassajews stehen, unterschieden werden.

Wie stark sind die Widerstandskämpfer?

Die Angaben der russischen Seite über ihre tschetschenischen Gegner waren oft widersprüchlich und mit den Zahlen über die (angeblichen) Opfer unter den Rebellen unvereinbar. Zu Beginn des zweiten Krieges schwankten die russischen Angaben zwischen 7.000 und 40.000.

Verwirrend sind offizielle russische Angaben auch im Anschluss. So sollen im Sommer 2002 ca. 2.000 bis 3.000 Tschetschenen gegen die Sicherheitskräfte Moskaus gekämpft haben. Im April 2003 vermutete der Chef des Inlandsgeheimdienstes (FSB) in Tschetschenien nur mehr 200 „ständig aktive“ Rebellen, wozu noch ein „Untergrund“ von 1.000 bis 1.500 Personen käme. Zur Jahresmitte 2003 sprach der Kommandeur der Truppen des für Tschetschenien zuständigen Nordkaukasischen Militärbezirks von 75 „Banditengruppen“ mit zusammen 1.200 Leuten. Die gleiche Zahl nannte Anfang Februar 2004 der russische Oberkommandierende im Nordkaukasus, General Valerij Baranow.

Es ist anzunehmen, dass die russischen Angaben über die Stärke der Rebellen zu niedrig sind. Vermutlich soll damit deren Schwächung belegt und eine „Stabilisierung der Lage“ signalisiert werden, von der in der Realität keine Rede sein kann. Von tschetschenischer Seite wies Maschadow Mitte 2004 darauf hin, dass der Zulauf zu seinen Widerstandskämpfern wieder erheblich zugenommen habe. Seine Kämpfer würden täglich acht bis zehn Sabotageakte durchführen, denen meist zehn bis 20 russische Soldaten zum Opfer fielen. Angaben über die Stärke seiner und anderer Widerstandsgruppen machte er keine.

Der Untergrundkampf der Rebellen

Die russische Seite hatte – in der Überzeugung eines schnellen Sieges – nach ihrem Einmarsch 1999 immer wieder ausgeschlossen, dass die Rebellen zu einem Guerillakrieg übergehen könnten. Genau das trat aber ein, nachdem sich die Widerstandskämpfer im Frühjahr 2000 aus Grosny zurückziehen mussten. Damit entwickelte sich ein subversiver, subkonventioneller Kampf, der häufig auch als asymmetrischer Krieg bezeichnet wird. Die Rebellen beschränken sich dabei zumeist auf kleinere Überfälle und Hinterhaltsaktionen,

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Einen Großteil ihres Kriegsgüter »kaufen« die tschetschenischen Rebellen von korrupten russischen Soldaten.

legen Minen und Bomben, zünden ferngesteuerte Sprengsätze oder setzen Heckenschützen ein. Sie führen „Nadelstiche“ aus, die den Gegner demoralisieren und den „Aufenthaltspreis“ in politisch nicht mehr akzeptable Höhen treiben sollen.

Neben russischen Einrichtungen stellen auch Tschetschenen ein wichtiges Angriffsziel der Rebellen dar. Sie verfolgen „Kollaborateure“, die als Milizionäre und andere Mitarbeiter von Sicherheits- und Verwaltungsorganen (OMON usw.) mit den Russen kooperieren sowie Anhänger Kadyrows. Daher trägt der Konflikt auch Züge eines innertschetschenischen Bürgerkrieges.

Die Rebellen dürften in der überschaubaren Zukunft außerstande sein, den Russen (wie 1996 in Grosny) schwere Niederlagen beizubringen, die diese zu Verhandlungen nötigen würden. Andererseits stellen sie immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis, praktisch in ganz Tschetschenien (und daher auch in Grosny oder dem russischen Hauptstützpunkt Chankala) zuschlagen zu können. Aufhorchen ließ allerdings der Überfall von mehr als 200 Rebellen auf Polizeistationen und Regierungsgebäude in Nasran, der Hauptstadt des benachbarten Inguschetien, Ende Juni 2004. Dies bedeutete nicht nur ein Ausweiten der Kampfhandlungen auf die Nachbarregion, sondern kann auch ein Anzeichen für ein Erstarren des Widerstands sein.

Dazu kommen vermehrt Selbstmordattentate, die im ersten Tschetschenienkrieg noch unbekannt waren. Seit Mitte 2000 werden sie jedoch (mitunter auch von Frauen, den sogenannten „schwarzen Witwen“) immer wieder durchgeführt. Russische Sicherheitsdienste gingen im Sommer 2003 von etwa 150 geschulten und zum Selbstmord bereiten Attentätern aus. Das kann als Anzeichen einer zunehmenden Radikalisierung, möglicherweise aber auch einer steigenden Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit interpretiert werden. Besonders spektakulär war eine Attacke auf Gebäude der von den Russen eingesetzten tschetschenischen Regierung (und des FSB) am 27. Dezember 2002 in Grosny, die mit zwei mit Sprengstoff beladenen Lastwagen ausgeführt wurde. Mehr als 70 Personen kamen dabei ums Leben, 310 wurden verletzt. Auch die weltweites Aufsehen erregende Geiselnahme in einem Moskauer Theater kann als verzweifelter Versuch, internationale Aufmerksamkeit zu erhalten, gesehen werden. Möglicherweise war es aber eine Stärkedemonstration der Rebellen, die dem Kreml und der russischen Gesellschaft deren Schwäche und Verwundbarkeit vor Augen führen wollten.

Die Aufständischen lenken mit solchen Aktionen zwar (kurz) die Aufmerksamkeit der Medien auf sich, erzeugen aber keinerlei Sympathie für ihre Anliegen – im Gegenteil: die politische Elite Russlands fühlt sich in ihrer Kriegspolitik noch bestärkt, in der Gesellschaft verhärten sich antitschetschenische

Vorurteile. Im westlichen Ausland provozieren die Anschläge mit Dutzenden Toten regelmäßig Unterstützungserklärungen für Putin und dessen entschlossene „Terrorbekämpfung“.

Die Finanzierung des tschetschenischen Widerstands

Bereits ein oberflächlicher Vergleich der wirtschaftlichen Ressourcen lässt es erstaunlich erscheinen, dass es dem russischen Goliath bisher nicht gelungen ist, den tschetschenischen David niederzuringen: Die russischen Streitkräfte schöpfen ihre Mittel aus dem Budget eines großen Staates, während die Rebellen keinerlei legale Möglichkeiten zur Finanzierung ihres Kampfes besitzen. Sie sind auf die Unterstützung der „inneren“ (d.h. in Moskau und anderen Teilen Russlands ansässigen) sowie „äußeren“ (türkischen, jordanischen usw.) tschetschenischen Diaspora angewiesen. Kriminelle Aktivitäten wie etwa Lösegelderpressungen, Raub, Waffen- und Drogenhandel sorgen für weitere Einnahmen. Darüber hinaus wird nicht nur von Russland behauptet, dass die Rebellen Unterstützungszahlungen aus Saudi-Arabien und anderen islamischen Staaten sowie von Osama bin Ladens Terrororganisation „Al-Qaida“ erhalten.

Opfer und Elend des Tschetschenienkrieges *Bereits 150.000 Tote in beiden Kriegen?*

Es ist äußerst schwierig, auch nur zu einigermaßen realistischen Angaben zu gelangen. Offizielle und halboffizielle russische Angaben neigen nämlich zu einer Überhöhung der Verluste der Rebellen sowie einer (teilweise drastischen) Untertreibung der zivilen tschetschenischen Opfer der Militäraktion wie auch der eigenen Verluste. Das geht aus einem Vergleich mit den Zahlen des (v.a. in Armee und Geheimdiensten sehr unbeliebten) Komitees der russischen Soldatenmütter hervor. Von den Möglichkeiten einer Manipulation der Statistik machte das russische Militär schon im ersten Krieg erwiesenermaßen ausgiebig Gebrauch: Schwer verwundete Soldaten wurden in ein Spital außerhalb Tschetscheniens gebracht. Wenn sie dort verstarben, galten sie als Opfer von „mit dem Ableisten des Wehrdienstes verbundenen Verletzungen“ und nicht als im Einsatz in Tschetschenien gefallen.

Es dürfte der Wahrheit nahe kommen, im ersten Krieg von etwa 100.000 Opfern unter der tschetschenischen Bevölkerung auszugehen, 80% davon Zivilisten. Nach offiziellen Angaben Moskaus starben 5.042 Soldaten bei ihrem Einsatz; die Rebellen behaupteten, sie hätten 14.000 getötet.

Den Kampfhandlungen seit 1999 dürften ebenfalls bereits wieder Zehntausende Tschetschenen zum Opfer gefallen sein. Analytiker weisen darauf hin, dass praktisch keine tschetschenische Familie im zweiten Krieg von Gewalt verschont geblieben sei, was zu einem kollektiven Rachegefühl beiträgt. Die

Zahl gefallener russischer Soldaten und Polizisten liegt vermutlich bereits bei mehreren Tausend.

Bild wurde aus Copyright-Gründen entfernt.

Hunderttausende Zivilisten sind nach Inguschetien und ins westliche Ausland geflohen.

Flüchtlingseend

Dem russischen Militärsoziologen Wladimir Serebrjannikow zufolge wurden im ersten Krieg 40 bis 50% der Bevölkerung Tschetscheniens zu Flüchtlingen. Manche gelangten in die russischen autonomen Republiken Nordossetien, Kabardino-Balkarien und Dagestan sowie in den Gau von Stawropol. Der Hauptstrom der Flüchtlinge aus Tschetschenien ergoss sich jedoch in beiden Kriegen nach Inguschetien. So schwoll die Bevölkerung dieser kleinen, im Westen an Tschetschenien angrenzenden autonomen Republik zwischen 1994 und 1. Jänner 2001 von 211.300 auf 460.100 Personen an.

Die Flüchtlingslager in Inguschetien waren den russischen Behörden jedoch stets ein Dorn im Auge. Ihrer Meinung nach könnten sie die Aufmerksamkeit westlicher Medien, Politiker und Menschenrechtsaktivisten auf den ungelösten Tschetschenienkonflikt lenken. Vor allem aber würden Flüchtlingsbilder die Darstellung Moskaus von einer „Normalisierung“ in Tschetschenien konterkarieren. Es übte daher auch unter Einsatz zahlreicher Schikanen (Unterbrechung der Versorgung, Androhen gewaltsamer Räumung usw.) vehementen Druck auf die Flüchtlinge aus, nach Tschetschenien zurückzukehren. Dabei gab es dort v.a. infolge der Zerstörungen kaum Infrastruktur zu ihrer Unterbringung, von Arbeitsplätzen ganz abgesehen. Menschenrechtsorganisationen wiesen und weisen auch immer darauf hin, dass aufgrund der

allgemeinen Sicherheitslage eine Rückkehr nicht zu verantworten wäre. Aus Moskauer Sicht zählte aber nur der Umstand, dass die Zahl der in Inguschetien registrierten Flüchtlinge zwischen Jänner 2001 und August 2003 von 153.000 auf 79.000 zurückging. Im Mai 2004 befanden sich noch 57.000 tschetschenische Flüchtlinge in der Nachbarrepublik. Weniger als 1.800 davon verblieben in der letzten Zeltstadt, die übrigen kamen in Privatquartieren und sogenannten „provisorischen Siedlungen“ unter.

Moskaus Beitrag zum „Krieg gegen den internationalen Terror“?

Der erste Krieg in Tschetschenien galt in Russland als „Operation zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung“. Dieser Begriff kam im zweiten Krieg kaum noch vor. Stattdessen sprechen russische Offizielle und viele Medien konsequent von einer „Antiterror-Operation“ (oder einer „Bekämpfung von Banditen“). Das bedeutet, dass die russische Führung jeden tschetschenischen Widerstand gegen ihre Unterwerfungsstrategie als „terroristisch“ qualifiziert. Sämtliche Aktivitäten der Rebellen werden pauschal und ausschließlich als kriminelle und terroristische Handlungen dargestellt. Die Bezeichnungen „Terroristen“ und „Banditen“ sollen dabei die Rebellen im In- und Ausland als Gesetzesbrecher diskreditieren und ihnen legitime politische Beweggründe absprechen. Damit begründet Moskau auch die Absage an jegliche Verhandlungen.

Die Kreml-Herrscher stellen den Feldzug aber auch immer stärker als Kampf gegen islamische Fundamentalisten dar. So trachtet Moskau, seinen Krieg in Tschetschenien dem Kampf der USA gegen die fundamentalistischen Taliban in Afghanistan und die „Al-Qaida“ gleichzustellen. Nun wurden Tschetschenen zweifellos in afghanischen Lagern ausgebildet und nahmen am Krieg der Taliban gegen die Nordallianz (1996-2001) teil. Unter den ca. 600 in Afghanistan gemachten Gefangenen, welche sich im August 2003 auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo (Kuba) befanden, waren zwar acht russische Staatsbürger, aber keine Tschetschenen. Mütter der Inhaftierten forderten die amerikanischen Behörden auf, ihre Söhne auf keinen Fall an Russland zu übergeben, da sie in Guantánamo sicherer seien. Dennoch lieferte Washington – offensichtlich als Beitrag zum „gemeinsamen Krieg gegen den Terrorismus“ – die russischen Bürger Ende Februar 2004 an Moskau aus. Einige Zeit später wurden sie überraschend freigelassen.

Ob allerdings Russland mit seiner einseitigen und propagandistischen Darstellung dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus tatsächlich einen guten Dienst erweist, ist äußerst fraglich. Es wird nämlich nicht nur der Widerstand der Tschetschenen und deren Rachedenken immer stärker. Es ist vor

allem eine zunehmende Solidarisierung islamischer Hilfsorganisationen mit den Widerstandskämpfern festzustellen. Vor allem aber liefert Moskau durch sein primär gewaltsames Vorgehen auch ein schlechtes Beispiel der Terrorismusbekämpfung. Gerade die Treffgenauigkeit von Sicherheitsmaßnahmen, die der Isolierung und Ausschaltung der eigentlichen Rebellen dienen, ist nämlich ein Muss erfolgreicher Aufstandsbekämpfung. Durch das unterschiedslose und willkürliche Vorgehen gegen die tschetschenische Gesamtbevölkerung wird hingegen mehr Widerstand und Radikalismus erzeugt als ausgerottet.

Internationale Organisationen im Abseits

Keine politische Rolle für die UNO und die EU

Das Kinderhilfswerk UNICEF, das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten, das Flüchtlingshochkommissariat, die Weltgesundheitsorganisation und das Welternährungsprogramm leisten in und um Tschetschenien seit Jahren humanitäre Hilfe. Eine politische Rolle im Konflikt (etwa in der Vermittlung zwischen Moskau und den Rebellen) kommt der UNO allerdings nicht zu. Mitte April 2004 lehnte die UNO-Menschenrechtskommission mit Stimmenmehrheit zum dritten Mal in Folge einen (von der EU eingebrachten) Antrag ab, der Russland wegen des Krieges verurteilt hätte. Das interpretierte Außenminister Sergej Lawrow als „Unterstützung der Weltgemeinschaft für die entschiedenen Maßnahmen Russlands“ in Tschetschenien. Der UNO-Sicherheitsrat, der mitunter auch aus Anlass erheblich kleinerer Krisen zusammentritt und Resolutionen mit klaren Schuldzuweisungen beschließt, hat Tschetschenien nie erörtert.

Eine Vermittlung der EU in Tschetschenien ist ebenso völlig ausgeschlossen wie die Stationierung von UNO-Friedenstruppen im Konfliktgebiet. Seit 1999 hat die EU allerdings etwa 130 Mio EURO für Kriegsoffer und Flüchtlinge in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken zur Verfügung gestellt (was von manchen Kommentatoren als „throwing money at a problem“ bezeichnet wurde).

OSZE unerwünscht

Ende Jänner 1995 reiste eine erste Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Moskau und Tschetschenien, wo sie nach eigenen Angaben eine „humanitäre Katastrophe“ vorfand. Ende April 1995 nahm eine Assistenzgruppe der OSZE die Arbeit in Grosny auf, wo sie u.a. versuchte, zwischen den russischen Truppen und den tschetschenischen Widerstandskämpfern zu vermitteln. Die OSZE spielte dann auch bei der Organisation der tschetschenischen Präsidentenwahlen nach dem ersten Krieg im Jänner 1997 eine wichtige Rolle. Am OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 erklärte Präsident Jelzin, dass für „Frieden

und eine politische Lösung“ in Tschetschenien eine „völlige Vernichtung der Banditenformationen und die Eliminierung oder Verfolgung von Terroristen erforderlich“ sei; Russland rechne dabei auf Verständnis und Unterstützung Europas und der OSZE. Eine Verhandlungslösung lehnte Jelzin dezidiert ab. Nach anfänglicher „Bevorzugung“ der OSZE als europäische Sicherheitsorganisation lastete Russland der Organisation bald an, Lobbying für westliche Interessen zu betreiben. Im zweiten Tschetschenienkrieg lehnte Moskau jede politische Vermittlung der OSZE ab, weil der Krieg eine „innere Angelegenheit Russlands“ sei. Ende 2002 lief das Mandat der OSZE-Assistenzgruppe für Tschetschenien aus; ein neues kam nicht zustande. Damit war es Moskau gelungen, die ungeliebte OSZE-Mission hinauszudrängen.

Wankelmütige Kritik des Europarates

Russland war Anfang 1996, also während des ersten Tschetschenienkrieges, in den (dem Schutz der Menschenrechte verpflichteten) Europarat aufgenommen worden. Im Jänner 2000 verurteilte die Parlamentarische Versammlung des Europarates das russische Vorgehen in Tschetschenien und forderte eine unverzügliche Einstellung des Krieges gegen die Zivilbevölkerung. Am 6. April 2000 beschloss die Parlamentarische Versammlung, der russischen Delegation das Stimmrecht zu entziehen; Russland solle aus dem Gremium ausgeschlossen werden, wenn es nicht die Forderung nach

Internationale Reaktionen

Im Westen ist die Kritik an Moskau mit zunehmender Dauer des Krieges in Tschetschenien immer leiser geworden. Weder in westlichen Staatskanzleien noch in EU und NATO meint man, dass Zehntausende Tote, zeitweise über 200.000 Flüchtlinge und die vielfach dokumentierten schweren Menschenrechtssverletzungen russischer Soldaten die Beziehungen zu Moskau beeinträchtigen könnten bzw. sollten. Im Westen empfiehlt man Russland zwar von Zeit zu Zeit eine „politische Lösung“ des Tschetschenienproblems, akzeptiert dabei aber, dass Moskau eine von ihm dekretierte „Normalisierung“ als solche darstellt und dabei Verhandlungen mit den bewaffneten Rebellen konsequent ablehnt.

UNO und OSZE sind (aus verschiedenen Gründen) im Tschetschenienkonflikt handlungsunfähig. Die offiziellen westlichen Stellen ziehen zumindest öffentlich kaum noch in Zweifel, dass es sich beim russischen Feldzug um eine „Antiterror-Operation“ handelt, und machen nur zeitweise bei den von Moskau angewandten Methoden – wenngleich nach den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001 immer vorsichtiger – Vorbehalte geltend. Dabei wird aber immer betont, dass Russland das Recht habe, seine territoriale Integrität zu verteidigen und der ganze Konflikt eine innere Angelegenheit sei, in die man sich nicht weiter einmischen wolle. Unter diesem Pragmatismus leidet allerdings in letzter Konsequenz die tschetschenische Zivilbevölkerung.

Es ist auch bemerkenswert, dass eine Reihe von islamischen Staaten und Organisationen, die sonst mit Aufrufen zum „Heiligen Krieg“ (bevorzugt gegen den Westen und Israel) rasch zur Hand sind, zum Krieg im islamischen Tschetschenien schweigen.

einem Waffenstillstand und einer unabhängigen Untersuchung der Menschenrechtslage erfülle. Daraufhin prognostizierte Putin, dass die europäischen Parlamentarier bald erkennen würden, dass Russland mit dem Kampf in Tschetschenien „auch Europa vor Extremismus beschütze“. Am 11. Mai 2000 setzte das Ministerkomitee des Europarates in Straßburg die Tschetschenien-Debatte fort. Obwohl sich die russische Politik in der Zwischenzeit nicht geändert hatte, lobte das Gremium nun den „Beitrag der Russländischen Föderation zum Europarat“; Moskau praktiziere nun eine umfassende Zusammenarbeit v.a. bei der Durchsetzung der Menschenrechte. Sanktionen gegen Russland standen somit nicht mehr zur Diskussion.

Krieg ohne Ende?

Nach Meinung des russischen Publizisten Boris Kagarlitzkij hat sich im Jahr 2002 ein „Gleichgewicht“ zwischen den russischen Truppen und den tschetschenischen Rebellen eingestellt. Ein solcher Krieg könne jahrelang dauern – unter der Bedingung, dass die Gesellschaft bereit sei, ihn zu ertragen. Das ist in Russland der Fall: die sehr seltenen Friedensdemonstrationen versammeln auch in Moskau mit seinen 10 Millionen Einwohnern höchstens einige hundert Teilnehmer, und nur sehr wenige auf föderaler Ebene irgendwie relevante Politiker sprechen sich für Verhandlungen mit den Rebellen aus. Kaum jemand möchte sich den Vorwürfen aussetzen, für eine „Kapitulation vor Banditen“ einzutreten, dem „Terrorismus nachzugeben“, oder den „Zerfall Russlands“ zu riskieren.

Offensichtlich ist Putin bestrebt, von seinem Vorgänger Jelzin einigen Regionen zugestandene Autonomie-Regelungen möglichst abzuschwächen oder auszuhöhlen. Ob unter diesen Vorgaben Moskau tatsächlich bereit ist, den Tschetschenen eine zufrieden stellende Autonomielösung zu bieten, wird daher zumindest derzeit noch von vielen bezweifelt. Vor allem auch deshalb, weil der innenpolitische und mediale Druck auf den Präsidenten, eine rasche Lösung zu erreichen, immer mehr abnimmt.

Ebenso ist eine Kapitulation oder endgültige militärische Niederlage der Rebellen in der näheren Zukunft unwahrscheinlich. Der „Untergrundpräsident“ Maschadow skizzierte im Juni 2004 zwei Möglichkeiten, die seiner Auffassung nach einen Ausweg bieten könnten: So sollte Tschetschenien einen völkerrechtlich gesicherten und international anerkannten Status erhalten, der es vor der willkürlichen Unterwerfung unter russische Gesetze schützt. Er kann sich aber auch ein schrittweises Vorgehen nach dem Prinzip der „konditionierten Unabhängigkeit“ vorstellen. In diesem Fall müsste die

internationale Staatengemeinschaft die Kontrolle über die beiderseitige Erfüllung der Auflagen übernehmen. Aus derzeitiger Sicht ist nicht zu erwarten, dass diese Lösungsansätze die Zustimmung Moskaus finden.

Bis zu den wegen der Ermordung Kadyrows neuerlichen Präsidentenwahlen am 29. August 2004 ist eher mit einer Verschlechterung der Sicherheitslage und keiner politischen Annäherung der Konfliktparteien zu rechnen. Es ist zu zudem zu befürchten, dass auch unter einem neuen Präsidenten, der Moskau wieder sehr nahe stehen wird, keine Beruhigung und Stabilisierung eintreten wird. Der Krieg in Tschetschenien wird daher seine Fortsetzung finden, falls nicht etwas Außergewöhnliches eintritt.

INTERNET-LINKS:

Gesellschaft für bedrohte Völker



www.gfbv.de

»Außenministerium« der Rebellen



www.chechnya-mfa.info

Prorussische Administration Tschetscheniens



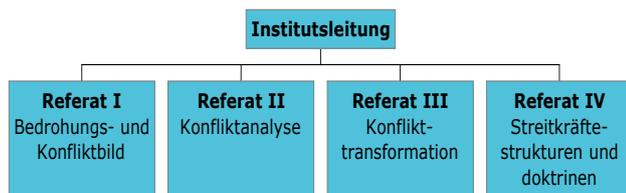
www.chechnyafree.ru

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement** ist das jüngste an der Landesverteidigungsakademie und besteht seit 1999. Seit seiner Gründung bildete vor allem der Balkan einen Forschungsschwerpunkt. Damals unterstrich insbesondere die analytische Beobachtung des Kosovo-Konfliktes seine Notwendigkeit. Heute stellen **drei Kernaufgaben** den Schwerpunkt unserer Arbeit dar: **Forschung, Lehre, und Beiträge zur Politikberatung.**

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement gliedert sich wie folgt:



Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung der Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Seit den Ereignissen des 11. September stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

Konfliktanalyse: Vergleichende Analyse aktueller Konflikttypen: Wer sind die Akteure? Welche Ziele haben sie? Welche Interessen stecken dahinter? Welche Strategien werden verfolgt? Welche Mittel wenden sie an?

Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

Streitkräftestrukturen und -doktrinen: Hier erfolgt eine Analyse der wechselseitigen Abhängigkeit von Streitkräften und Doktrinen im Hinblick auf die an sie gestellten Anforderungen in den Bereichen Konfliktprävention und -lösung.

Was bieten wir?

Publikationen (Auszug)

- Afrika im Blickfeld: Kriege – Kriege – Perspektiven
 - Kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen und die irakische Verfassung
 - Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs
 - Irak unter Saddam Hussein
 - Russland – eine Großmacht?
 - Kolumbien zwischen Krieg und Frieden
 - 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY
 - Ein Jahr "Krieg gegen den Terror" in Afghanistan
 - Crushing Crime in South-East Europe:
A Struggle of Domestic, Regional and European Dimensions
 - Die NATO und Russland zw. Kooperation und Konfrontation
 - Friede im 21. Jahrhundert – eine entwicklungspolitische Herausforderung?
 - Österreichs Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin und der Nationale Sicherheitsrat
 - Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“:
Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001
 - Humanitäre militärische Intervention zwischen Legalität und Legitimität
 - Parameter bewaffneter Konflikte
 - Konfliktentwicklung auf dem West-Balkan
 - Die Konfliktentwicklung auf dem südlichen Balkan I + II
 - Der albanische Staat in der Krise
 - Die Beziehungen zwischen Russland und den Baltischen Staaten – eine Bestandsaufnahme
 - Determinanten der Sicherheitspolitik Armeniens
- IFK aktuell:** eine Informationsbroschüre, die aktuelle Krisen, Konflikte und Hintergründe beleuchtet.

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTeidIGUNGSakademie
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

ObstdhmfD Dr. Walter Feichtinger



Institut für
Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Gestaltung & Layout:

Kpl Mag. Wolfgang Braumandl (IFK)
Medienstelle der LVAK, Wien
Rekr Alexander Schindler

Herstellung:

Vzlt Johann Jakob
Medienstelle/Akademiedruckerei LVAK, Wien
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



ObstdhmfD Dr. Walter FEICHTINGER

Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie (LVAK); zahlreiche wissenschaftliche Publikationen in den Themenfeldern internationale Krisenintervention, neue Bedrohungsbilder, asymmetrische Kriegführung und der sicherheitspolitischen Entwicklung im Irak.



Dr. Martin MALEK

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referats „Konflikttransformation“ im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement; zahlreiche Veröffentlichungen zu Krisen und Konflikten in der früheren Sowjetunion.